



Mössingen, den 8. Januar 2023

Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
im Mössinger Gemeinderat

Anträge zum Haushalt 2023

wir begrüßen es sehr, dass v.a. im vergangenen Jahr auch von anderen Fraktionen immer wieder darauf verwiesen wurde, dass die Folgen unserer Beschlüsse auch unter dem Aspekt „Klimaschutz“ bedacht werden sollten/müssen und dennoch gibt es mitunter -sagen wir mal- verwunderliche Beschlussfassungen.

Wir haben das Glück in einer Gemeinde zu leben, die von einer (noch) relativ intakten Natur umgeben ist. Es sollte unser Ziel sein, diese v.a. für kommende Generationen bestmöglich zu erhalten, daher stellen wir für den Haushalt 2023 unsere Anträge der vergangenen Jahre erneut:

Antrag 1: Umsetzung des Gemeinderatbeschlusses vom 02.12.2019 „Stärken-Schwächen-Analyse“ mit Hilfe des CO₂-Bilanzierungstools „BICO2BW“

anbei der link zum CO₂-Bilanzierungstools „BICO2BW“:

<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/klima/kommunaler-klimaschutz/bilanzierungstool>

Die Erstellung der CO₂-Bilanzierung wird ev. im Rahmen des Programms Klimaschutz-Plus gefördert.

Antrag 2: Überprüfung, ob im Rahmen des Klimaschutz-Plus Programms ev. Fördermöglichkeiten für die u.g. Projekte bestehen

wir wiederholen -teilweise- unsere Anträge von 2022:

- a) Ausbau der Wärmeinsel/des Wärmenetzes Gottlieb-Rühle-Schule; bei den umliegenden Anwohner*Innen dafür werben/nachfragen. – ähnlich „offensiv“ wie für Glasfaser
- b) Überprüfung, ob die Wärme-/Energieversorgung des Pausa-BHKW für umliegende Areale erfolgen kann und wenn ja, ob dafür Fördergelder des Bundesförderprogramms „Effiziente Wärmenetze“ (BEW) beantragt werden können
- c) Überprüfung der Potenziale Mössingens, welche klimaneutrale Energieträger zur Wärmeerzeugung genutzt werden können [Holz, Solarthermie, direkte Nutzung von Industriewärme, Nutzung von Niedertemperatur-Wärmequellen (Abwasser, Industrieabwärme)]. Hierfür liegen bereits Daten vor z.B. aus Nahwärmekonzept Machbarkeitsstudie (2018-2019), ebök (2015), IKENA (2012)

Anträge können wohl noch bis zum 30.06.2023 gestellt werden, anbei der link:

<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/klima/informieren-beraten-foerdern/klimaschutz-plus>

Finanzierung der beiden o.g. Anträge: im Haushalt 2023 ist unter 2.3 Stellenplan im Teil C Aufteilung nach Haushaltsgliederung unter der Produktgruppe 5610 (Produktbereich 56 Umweltschutz) eine E12 Stelle aufgeführt (s. 483); die von uns beantragte Stelle für „Klimaschutzmanagement“ wurde in einer der vergangenen Gemeinderatssitzungen umbenannt in „Wärmemanagement;“ siehe unsere Haushaltsanträge von 2021 und 2022, sowie unseren Antrag Klimavorbehalt vom 30.09.2019

Frage: gibt es für die o.g. Klimaschutz- bzw. Wärmemanagement Stelle auch Fördergelder?

Antrag 3: Parkraumbewirtschaftung

Wir beantragen die Einführung von Anwohner-Parkausweisen, dies sollte aus unserer Sicht sozialverträglich, dh hauptsächlich in Wohngebieten mit Einfamilienhäusern, geschehen.

Begründung: viel öffentlicher (Straßen)raum wird von abgestellten Fahrzeugen belegt, so dass andere Verkehrsteilnehmer*Innen diesen nicht (immer) gefahrlos nutzen können. Wahrscheinlich muss/sollte zukünftige bereits vorhandene Verkehrsraum um-genutzt werden

Antrag 4: Bienen-/Insektenfreundliche (öffentliche) Flächen, auch bei Schulen und Kindergärten

sicherlich wird das von unserem Grünflächenmanager bereits berücksichtigt, ev. könnte es über das Programm NaturNahDran Fördergelder geben?

Antrag 5: (regionale) Stromgewinnung / Ausbau von Solarenergie - Photovoltaik

Wir beantragen, dass die Verwaltung überprüft, welche bebauten/bereits versiegelte Flächen (z.B. Parkplätze) mit Photovoltaik-Anlagen bestückt werden könnten.

Könnte das ev. das bei den Stadtwerken verortete Energiemanagement übernehmen?

Begründung: ähnlich wie bei der Wohnraum-Bebauung sollte hier auf „Innen vor Außen“ geachtet werden

Antrag 6: Neubaugebiete/Bebauungspläne

Wir beantragen, dass bei der Ausweisung/Erarbeitung neuer Baugebiete bereits vorhanden/erstellte Gutachten/Empfehlungen, wie z.B. für den Hochwasserschutz, die dadurch „natürlichen Grenzen“ beachtet werden

Begründung: wir erachten es nicht als zielführend, wenn in z.B. HQ100 Gebieten gebaut wird, da dies u.U. zu Bauten neuer Rückhaltebecken führt; sinnvoller ist aus unserer Sicht die Erhaltung z.B. der vorhandenen natürlichen Auen, dies dürfte auch -langfristig- kostengünstiger sein

Antrag 7: kommunales Energiemanagement

Wir beantragen, dass uns in einer der kommenden Sitzungen die Energie-Verbräuche von Nichtwohngebäuden, Wohn-, Alten- und Pflegeheimen oder ähnlichen Einrichtungen, Sportplätzen, Frei- und Hallenbädern, Straßenbeleuchtung, Anlagen zur Wasserversorgung und Wasseraufbereitung für Mössingen präsentiert werden.

Begründung: Klimaschutzgesetz § 7 b Erfassung des Energieverbrauchs

Das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg verpflichtete Kommunen dazu, ihren Energieverbrauch in einer zentralen (leicht zu bedienenden und kostenlosen) Datenbank zu erfassen. Das sollte im Jahr 2021 erstmals für das Jahr 2020 (und dann jährlich bis zum 30. Juni des Folgejahres) erfolgen.

Für die Grüne Fraktion

Lea Christen, Ulrike Hagemann, Zohreh Leicht, Johanna Niethammer, Susanne Nill